



Chile - 1973 - 1999
Der Kampf lebt weiter!

Eine Broschüre der Sozialistischen Alternative SAV

Inhaltsverzeichnis

Chile 1973:

HeldInnentum war nicht genug!

von Tony Sanois

Seite 3

Pinochet:

Ein Verbrecher der sich für unschuldig hält

von Celseo Campos

Seite 19

Interview mit Vilma Alvarez Parada (1997):

“Gewerkschaftskoordination”

Seite 24

Impressum:

MHV SOV, Kaiserstraße 11-14, 1070 Wien

Herstellungs- und Produktionsort: Wien,

Druck: Duplikat Copy, 1060 Wien

Chile 1973:

HeldInnentum war nicht genug!

Die internationale ArbeiterInnenbewegung feierte 1970 die Wahl von Salvador Allende Gossens' sozialistischer Regierung in Chile. Drei Jahre später brachte ein vom CIA unterstützter Militärputsch General Augusto Pinochet Ugarte an die Macht. TONY SAUNOIS, Generalsekretär des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale, erklärt, wie es zu dieser Tragödie kam und welche Lehren wir für heute daraus ziehen können.

Am 4. September 1970 gewann Salvador Allende, Kandidat der Unidad Popular (UP), die chilenischen Präsidentschaftswahlen mit 36,3% der abgegebenen Stimmen. Er besiegte den verhaßten Führer des rechtsgerichteten Partido Nacional (PN), Jorge Alessandri, der 34,9% erhielt, und der Kandidat der populistischen kapitalistischen Partei, den Christdemokraten (PDC), Radomiro Tomic, wurde mit nur 27,8% dritter. Diese Wahl war nicht einfach ein „routinemäßiger“ Wechsel der/s Präsidentin/en. Es begann ein revolutionärer Prozeß, der die ArbeiterInnenklasse in Konfrontation mit der herrschenden Klasse Chiles und dem US-Imperialismus brachte. Drei Jahre später, am 11. September, triumphierte die Reaktion, als das Militär in einem blutigem Militärputsch, der teilweise vom CIA organisiert worden war, die Macht an sich riß. Die Reaktion der herrschenden Klasse in Chile und des US-Imperialismus war deshalb so brutal, weil sie vom Schwung der revolutionären Bewegung, die über die Absichten der Führung der Unidad Popular weit hinaus ging, in Angst und Schrecken versetzt wurden. Es waren die revolutionäre Dynamik der Massen und nicht die Handlungen ihrer Führung, die das kapitalistische System in Gefahr brachten.

Die Tragödie dieser sich entwickelnden Situation war, daß der entscheidende subjektive Faktor, eine echte revolutionäre marxistische Partei, fehlte, eine Partei, die den revolutionären Prozeß zu einem vollständigen Sieg verhelfen hätte können; die Tragödie war nicht wegen der Schwäche der ArbeiterInnenklasse oder ihrer Unwilligkeit zu kämpfen entstanden. Noch hatte die Reaktion triumphieren können, weil die ArbeiterInnenklasse zu mächtig gewesen

war, um sie zu besiegen... Allendes heldInnenhafter Tod 1973 - als er den PräsidentInnenpalast verteidigte - ist Beweis genug dafür, daß die Ernsthaftigkeit und sogar der HeldInnenmut der ArbeiterInnenführerInnen nicht in Frage gestellt werden können. Die Schwäche waren das falsche Programm und die Ideen gewesen, die viele der FührerInnen verteidigten. Diese waren völlig unzureichend, um den revolutionären Prozeß zu Ende zu führen und den Kapitalismus in Chile durch ein Regime echter ArbeiterInnendemokratie zu ersetzen.

Allendes Wahlsieg war nicht nur von den chilenischen ArbeiterInnen sondern auch von den ArbeiterInnen international mit gewaltiger Begeisterung begrüßt worden. Das Ergebnis war für die chilenische herrschende Klasse eine Überraschung gewesen, die sie, nachdem das Ergebnis klar wurde, in ziemliche Konfusion versetzte.

Allende, selbst vom Partido Socialista Chileno (PSCh), führte die Sechsparteienkoalition, die von der PSCh und der mächtigen chilenischen „kommunistischen“ Partei (PCCh) dominiert wurde. Sowohl er als auch seine Partei bezeichneten sich selbst als MarxistInnen. In Lateinamerika hatte niemals zuvor eine Koalition, die klar von ArbeiterInnenparteien dominiert war, die sich formell zum Marxismus bekannten, eine Präsidenten oder eine allgemeine Wahl gewonnen. Wenn die FührerInnen der UP das günstige Kräfteverhältnis, das zugunsten der ArbeiterInnenInnenklasse und der Linke war, genutzt hätten und entscheidende Maßnahmen gesetzt hätten, um die ArbeiterInnen und Teile des Mittelstandes zu mobilisieren, dann wäre eine relativ friedliche sozialistische Gesellschaftsveränderung möglich gewesen.

Statt dessen bremsten sie den revolutionären Prozeß, der sich von unten entwickelte, durch den Versuch, Teile der chilenischen herrschenden Klasse zu beschwichtigen und zu einer Verständigung mit ihnen zu kommen, ab. Die FührerInnen, besonders Allende und die PCCh-Führung vertrauten auf die „konstitutionelle Loyalität“ der Streitkräfte und verbannten den Gedanken, die Generäle könnten eine demokratisch gewählte Regierung stürzen.

Anderer am linken Flügel der UP (die PSCh-Linke, von geführt Altamirano, und der Movimiento de la Izquierda Revolucionaria - MIR - der 1965 als Folge einer Abspaltung von StudentInnen 1963 gegründet worden war) lehnten dieses Vertrauen in die Streitkräfte

ab. Aber obwohl sie ernsthaft den revolutionären Prozeß bis zu einem erfolgreichen Ende vorwärts treiben wollten, boten sie doch kein klares Programm an und setzten auch keine ausreichenden Maßnahmen, um dem kapitalistischen Staat entgegenzutreten, der schließlich die ArbeiterInnenbewegung zerschlug. Sie waren der historischen Herausforderung, die sich ihnen stellte, nicht gewachsen.

Außer diesem entscheidenden subjektiven Faktor existierten und Areiften zwischen 1970 und 73 die wichtigsten objektiven Merkmale für eine erfolgreiche Revolution, geführt von der arbeitenden Klasse: Die herrschende Klasse war gespalten, besonders unmittelbar nach Allendes Wahlsieg; die ArbeiterInnenklasse war bereit, bis zum bitteren Ende zu kämpfen und entwickelte neue Organisationen für den Kampf, und der Mittelstand suchte eine Alternative, und wichtige Teile unterstützten die ArbeiterInnenbewegung.

Verschiebungen in der Gesellschaft

Diese Situation hatte Zeit gebraucht, um sich zu entfalten. Sie folgte der turbulenten Regierung von Eduardo Frei's PDC, von 1964-1970. Diese kapitalistische Regierung war mit 56% der Stimmen und den Versprechen „Revolution in Freiheit“, Staatsintervention und Landreform an die Macht gekommen. Sie endete damit, daß keines jener Probleme, denen die ArbeiterInnenklasse und der Mittelstand gegenüberstanden, gelöst wurde; die Landreformen nutzte weniger als 10% der BäuerInnenschaft und der versprochene Staatsinterventionismus nahm nie Gestalt an. Aber Frei's Wahl und die Massenmobilisierung - Streiks und Landbesetzungen - während der letzten Hälfte seiner Amtszeit spiegelten eine weitverbreitete Polarisierung und Radikalisierung in der ArbeiterInnenklasse und anderen ausgebeuteten Schichten wider. Und obwohl der PDC eine kapitalistische Partei war, mißtrauten wichtige Teile der chilenischen herrschenden Klasse ihrem radikalem Populismus.

Einige der Bewegungen wurden brutal von Polizei und Armee unterdrückt. Die militärische Hilfe der USA für Chile war nur noch von jener für Vietnam übertroffen worden - ein großer Teil davon wurde für „Antiterror“kommandos und andere Mittel gegen Aufstände eingesetzt. 1970, zur Zeit der Wahl, war „Revolution in Freiheit“ als gigantischer Betrug offensichtlich geworden und die PDC-Stimmen brachen von 56% 1964 auf 27.8% ein.

Die Radikalisierung und Polarisierung der chilenischen Gesellschaft spiegelte sich in der Form, wie der PDC an-fing, sich entlang von Klassenlinien zu spalten, wider. Der linke Flügel des PDC war vom mangelnden Fortschritt bei der Landreform desillusioniert und spaltete sich nach einem Massaker an Protestierenden in der südlichen Stadt Puerto Monte von der Partei ab und gründete den MAPU (Movimiento de Accion Popular Unitaria, Anm. d. Red.). MAPU schloß sich später der UP-Koalition an und ein Teil davon endete am linken Flügel. Sogar Tomic, der PDC-Kandidat gegen Allende, hatte beim PDC-Kongreß einen Beschluß unterstützt, der „Marxismus“ festschreiben sollte. Dieser Prozeß der Fragmentierung innerhalb des PDC setzte sich unter der UP-Regierung fort, und sie wurde letztlich eine offen rechtsgerichtete Partei, die den Putsch voll unterstützte.

Trotz dieser Radikalisierung hatte die herrschende Klasse keinen Sieg Allendes bei den Wahlen erwartet. Anfangs hatten sie keine einheitliche Strategie, um der UP gegenüberzutreten. Tatsächlich setzte eine ernste Gegenoffensive durch die herrschende Klasse nicht vor Oktober 1972 ein. Aber die UP nutzte die Periode dazwischen nicht, um die Revolution vorwärts zu treiben. Statt dessen suchten ihre FührerInnen, hauptsächlich Luis Corvalan und anderen PCCh-FührerInnen folgend, nach Mitteln, um den sogenannten „progressiven Flügel“ des chilenischen Kapitalismus zu befriedigen. Die UP wurde zur Spielwiese für die Ideen der stalinistischen FührerInnen der PCCh und wurde auch als Modell für andere Länder benutzt. Chile, so argumentierten sie nach dem Generalstreik von zehn Millionen ArbeiterInnen in Frankreich 1968, hätte die „demokratische, friedliche und parlamentarische“ Alternative gezeigt.

Im Bündnis mit den „fortschrittlichen“ kapitalistischen Kräften, argumentierten sie, könnte der Sozialismus durch Veränderung der Gesellschaft Schritt für Schritt erreicht werden - beginnend mit dem Erreichen demokratischer und begrenzter kapitalistischer Reformen, die nicht zu weit und nicht zu schnell gingen und keine Reaktion provozierten. Die ArbeiterInnenklasse, so behaupteten sie, wäre nicht stark genug, um die sozialistische Revolution zu vervollständigen, und es sollte daher notwendig sein, die Unterstützung des Mittelstandes zu gewinnen, was nur durch vorsichtiges Fortschreiten erreicht werden könnte. Dies war der Kern der Politik, die von Allende und den PCCh-FührerInnen unterstützt wurde - tatsächlich eine Wiederholung der stalinistischen Volksfrontpolitik während des spanischen BürgerInnenkrieges in den 1930er Jahren. Diese Politik hatte immer zu einer Niederlage für die ArbeiterInnenklasse

geführt.

Denn auch in Ländern, wo die ArbeiterInnenklasse in der Gesellschaft in der Minderheit ist, kann (und muß) sie die entscheidende und führende Rolle in der Revolution spielen. Und zwar, weil sie die einzige Klasse ist, die - aufgrund ihres kollektiven Bewußtseins und ihrer Fähigkeit als eine Klasse zu kämpfen - in der Lage ist, die Basis zu legen, um Kapitalismus und Großgrundbesitz zu stürzen und mit der Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus zu beginnen. Wenn eine klare Alternative zum Kapitalismus angeboten wird, dann ist es möglich, die Unterstützung von Teilen des Mittelstands, der armen BäuerInnen und von anderen Teilen der Gesellschaft, die vom Kapitalismus und Großgrundbesitz ausgebeutet werden, zu gewinnen. Dies war die Erfahrung der Russischen Revolution 1917, wo die ArbeiterInnenklasse fähig war, mit der Unterstützung anderer ausgebeuteter Schichten in den Städten und der armen BäuerInnen, die Macht zu übernehmen. Sie konnte das tun, obwohl sie nur 15% der arbeitenden Bevölkerung ausmachten.

Wie Leo Trotzki erklärt hat, könnte die ArbeiterInnenklasse, an der Spitze der Revolution, damit beginnen, die Probleme der Landreform, die Entwicklung der Industrie, die Befreiung der Nation von der imperialistischen Herrschaft, und ebenso andere historische Aufgaben zu lösen, welche die schwache Bourgeoisie nicht hatte lösen können. Heute sind in halb„entwickelten“ Ländern, wo viele dieser Aufgaben noch nicht gelöst worden sind, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu schwach und auch zu eng an den Imperialismus gebunden, um sie zu lösen. Die Entwicklung der Wirtschaft, radikale Landreform, die Umverteilung des Reichtums und die Entwicklung von Gesundheit, sozialer Sicherheit, Wohnungen und Ausbildung für die Masse der Bevölkerung, können nur erreicht werden, wenn die ArbeiterInnenklasse die Macht übernimmt und die sozialistische Veränderung der Gesellschaft durchführt. So ein Programm muß darüber hinaus auf einer internationalistischen Perspektive basieren.

In Chile, im Vergleich zu Rußland 1917, hatte die ArbeiterInnenklasse eine äußerst mächtige Position in der Gesellschaft: 46,3% der arbeitenden Bevölkerung waren unselbständig Beschäftigte, nur 22% arbeiteten auf dem Land. Die chilenische ArbeiterInnenklasse war eine der stärksten in Lateinamerika. Eine siegreiche Revolution in Chile hätte die Aussicht einer sozialistischen Revolution für ganz Lateinamerika eröffnet. Es war nicht nur eine

Frage der numerischen Stärke der ArbeiterInnenklasse.

Politisch gewann das Proletariat an Verstehen und Zuversicht. Es stieß den revolutionären Prozeß weiter und weiter vorwärts und gewann wichtige Teile des Mittelstandes und der BäuerInnenschaft für ihre Sache. Im Gegensatz dazu kletterte die „fortschrittliche“ Bourgeoisie in die Panzer der chilenischen Streitkräften und half mit, die ArbeiterInnenklasse in Blut zu ertränken.

Wo werden die künftigen Schlachtlinien liegen?

Die herrschende Klasse nutzte die drei Jahre nach Allendes Wahl, um ihre eigenen Kräfte zu vereinigen und sich für die Kraftprobe vorzubereiten. Die UP-FührerInnen nutzten diese Zeit, um zu versuchen, die herrschende Klasse und ihre VertreterInnen an der Spitze der Streitkräfte zu beschwichtigen.

Obwohl die UP die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, fehlte ihr eine Mehrheit sowohl im Kongreß als auch im Senat. Gleichzeitig fehlte den oppositionellen Parteien die notwendige Zweidrittelmehrheit, um den Präsidenten zu entfernen. Allende stimmte einem verfassungsmäßigen Pakt mit dem PDC zu. Ein kleiner Teil der herrschenden Klasse überlegte, sofort zu putschen, um zu verhindern, daß Allende das Amt überhaupt antreten könnte, aber dieser Plan wurde fallen gelassen. Die Mehrheit der herrschenden Klasse fürchtete, daß ein unmittelbarer Putschversuch eine revolutionäre Explosion provozieren würde. So warteten sie ihre Zeit ab.

Anstatt einen verfassungsmäßigen Pakt abzuschließen, hätten die AUP-FührerInnen lieber - über die Köpfe von Kongreß und Senat hinweg - die Massen um ein Mandat ersuchen sollen. Neuwahlen zu einem Parlament mit nur einer Kammer, wie im UP-Programm versprochen, hätten ausgerufen werden sollen. Dies hätte mit einem Aufruf an die ArbeiterInnen verbunden werden sollen, das UP-Programm umzusetzen und die notwendigen Schritte durchzuführen, um Großgrundbesitz und Kapitalismus zu stürzen. Das, zusammen mit der Bildung von ArbeiterInnen-, BäuerInnen- und SoldatInnenräten überall im Land, hätte die Grundlage für eine neue ArbeiterInnendemokratie geschaffen, welche die Wirtschaft vergesellschaften und demokratisch planen würde. Die Bewaffnung der Massen gegen die Bedrohung durch die Reaktion - die bewaffneten

Schläger der ultrarechten Patria y Libertad hatten bereits das Hauptquartier der Gewerkschaft und die Büros linker Parteien attackiert - hätte die Möglichkeiten für eine relativ friedliche Umwandlung der Gesellschaft geschaffen und hätte die VerteidigerInnen des Kapitalismus hilflos gelassen.

Die Revolution machte wichtige Schritte vorwärts - hauptsächlich wegen der Initiative der Massen selbst. Bis Ende 1971 hatte es über 2.000 Landbesetzungen gegeben. Die Mehrheit davon waren in der Provinz von Cautin, wo die Mapuchi, die indigene Bevölkerung, die Gelegenheit nutzten, ihr Land zurückzuverlangen. Allende nutzte seine präsidiale Macht, um Schlüsselsektoren der Wirtschaft zu verstaatlichen: Kohle, Eisen und Nitrate, Textilien, den US Multi ITT und, im Juli 1971, die chilenischen Kupferbergwerke, die den US-Firmen Anakonda und Kennecott gehörten (sie umfassen 80% der chilenischen Kupferexporte). Die Verstaatlichung dieser Multis versetzte dem Imperialismus einen Schlag und gewann massive Unterstützung in Chile und überall in Lateinamerika. Es machte die Bestie in Washington wütend, die den Schlag fühlte.

Diese Maßnahmen wurden von einem Einfrieren der Mieten, Erhöhungen bei Löhnen und Pensionen und einem umfassenden Ausbildungsprogramm begleitet. Erstmals wurde freie Schulmilch verteilt. Diese Maßnahmen gewannen enorme Unterstützung, nicht nur unter der ArbeiterInnenklasse sondern auch unter dem zunehmend radikalisierten Mittelstand. Das Symphonieorchester von Santiago tourte durch die Slums, die „poblaciones“, und führte gratis Konzerte für die Armen auf! Fünf Monate nachdem Allende sein Amt angetreten war, fanden BürgerInnenmeisterInnenwahlen statt, bei denen die UP erdrutschartige 51% der Stimmen erhielt. Die Unterstützung für die UP war am Zunehmen!

Die Auflösung des PDC setzte sich fort. Bei den Nachwahlen im Juni 1971 in Valpariso bildete die PDC-Führung ein Bündnis mit dem PN und gewann. Ein Ergebnis davon war, daß 20% der PDC-Jugend und 13% der Parteimitglieder, einschließlich acht Abgeordneter, die Partei verließen und die Izquierda Christiana (Christliche Linke) bildeten. Jedwede populistische Tarnung des PDC wurde damit entfernt, aber die UP-Führung versuchte immer noch, Übereinstimmung mit seiner rechtsgerichteten Führung zu erlangen.

Die Reaktion hatte begonnen, den Kopf zu heben. Dies war teilweise wegen der wirtschaftlichen Folgen der Sabotage durch die

kapitalistische Klasse und den Imperialismus. Als Folge von Allendes Wahl hatte es eine Kapitalflucht ausländischen Kapitals gegeben. Ausländische Investitionen wurden gestoppt, und als Vergeltung wurden von Gesellschaften wie ITT Embargos aufgezwungen. Es gab Engpässe bei Luxus- aber auch Basisgütern. Obwohl Schlüsselsektoren der Wirtschaft übernommen wurden, gab es noch keinen zentralen Plan für die Produktion und die kapitalistische Wirtschaft herrschte noch vor. Die Wirtschaftskrise, Inflation und allgemeine soziale Instabilität, führten schließlich dazu, daß Teile des Mittelstands eine Alternative suchten. Die UP und die Linke, die an die kapitalistische Wirtschaft gebunden waren, erschienen unfähig, ihre Probleme zu lösen. Eine Schicht wandte sich an die rechten Parteien und dann an das Militär, um die Instabilität zu beenden. Dies hätte nur verhindert werden können, wenn die Revolution zu einem erfolgreichen Schluß gebracht und der Kapitalismus gestürzt worden wäre.

Die Reaktion streikt, die ArbeiterInnen kämpfen

Die Konterrevolution ging in der zweiten Hälfte von 1972 zu ihrem ersten ernstesten Angriff über. Ein nationaler Unternehmerstreik wurde im August ausgerufen, gefolgt von einem Streik der LKW-Besitzer im Oktober. Die UP antwortete, indem sie zu einer Demonstration aufriefen, um den zweiten Jahrestag von Allendes Sieg zu feiern. Es war die größte Demonstration in der chilenischer Geschichte mit über einer Million TeilnehmerInnen. Die Gesänge und Slogans zeigten das neu entstehende Bewußtsein. Als sie beim PräsidentInnenpalast La Moneda vorbeimarschierten, riefen die Massen: „¡Allende!, ¡Allende!, ¡el pueblo te defiende!“ („Allende, Allende, das Volk wird Dich verteidigen“); „¡Allende!, ¡Allende!, ¡cierre el congreso!“ („Allende, Allende, schließ den Kongreß!“); „¡Poder popular!, ¡poder popular!“ („Volksmacht, Volksmacht!“).

In dieser Phase schob jede Offensive der Reaktion die ArbeiterInnenklasse in eine revolutionärere Richtung. Die ArbeiterInnen machten jeden möglichen Schritt, um diesen reaktionären „Streik“ zu brechen. Fabriken und Büros wurden besetzt, die Besitzer und Direktoren wurden hinausgeworfen, und die ArbeiterInnen übernahmen äußerst effizient die tagtägliche Verwaltung der Betriebe.

Überdies zeigten die Slogans auf der Demonstration, daß die Massen versuchten, weiter zu gehen, weiter als die Grenzen, die

von den parlamentarischen Institutionen und den UP-FührerInnen aufgezwungen worden waren. Poder Popular hatte eine sehr genaue Bedeutung bekommen. ArbeiterInnen und andere ausgebeutete Schichten hatten 1972 angefangen, ihre eigenen Organisation zu bilden - Los Cordones Industriales (gewählte ArbeiterInnenkoordinationskomitees) -, die das Potential hatten, eine Alternative zu den Institutionen des kapitalistischen Staates zu werden.

Das erste Komitee, das gegründet worden war, befand sich im Industriegürtel von Santiago Cerrillos, wo 250 Fabriken, die 46.000 ArbeiterInnen beschäftigen, konzentriert waren. In der Nähe war das ländliche Gebiet von Maipú, wo 45 BäuerInnenführerInnen wegen der Besetzung von 150 BäuerInnenhöfen und der Forderung nach deren Verstaatlichung verhaftet worden waren. In Cerrillos fanden Streiks statt und ein Lebensmittel verarbeitender Betrieb wurde von den ArbeiterInnen besetzt. Auch hier forderten sie die Verstaatlichung. Die Polizei wurde gegen die ArbeiterInnen eingesetzt, was eine gemeinsame Demonstration von ArbeiterInnen und BäuerInnen provozierte. Die DemonstrantInnen verurteilten die Fortsetzung der „Klassenjustiz in der sogenannten Volksregierung“ und der erste Cordón Industrial war geboren. Von den ArbeiterInnen aus allen Fabriken im Gebiet wurden Delegierte gewählt. Der Cordón entstand aus den Kämpfen der ArbeiterInnen, aber sie nahmen sofort ein Programm an, das weit über ihren unmittelbaren Kampf hinausging und weit revolutionärer war als irgendeines, das von den linken politischen Parteien zu dieser Zeit vorgeschlagen wurde.

Neben anderen Fragen erklärte es die Unterstützung für die Regierung Allende, „soweit, als sie die Kämpfe und Mobilisierung der ArbeiterInnen unterstützt“. Es forderte die „Enteignung aller Monopole mit mehr als 14 Millionen Escudos Kapital (...) ArbeiterInnenkontrolle über die gesamte Produktion in der gesamten Industrie, den Bergwerken und BäuerInnenhöfen durch Delegiertenräte (...), daß alle Delegierten von der Basis abwählbar sein sollten (...) und daß eine Volksversammlung gebildet wird, um das bürgerliche Parlament zu ersetzen.“ Cordones wurden überall in den wichtigen industriellen Vororten von Santiago gegründet, um den Streik der LKW-Besitzer zu brechen und, um die Produktion gegen die Sabotage der Arbeitgeber und die Aussperrungen aufrecht zu erhalten. Sie wurden auch in anderen Schlüsselstädten wie Concepción, Valpariso und Puerto Monte gegründet. In Santiago waren die Bezirks-Cordones auf einer stadtweiten Basis verbunden

und bildeten das Koordinationskomitee der Provinz von Santiago. In den Slums hatten sich bereits JAPs (Volksversorgungskomitees) organisiert. Diese Komitees übernahmen die Verantwortung für Essensverteilung und sogar die Preiskontrolle, verhinderten das Horten und stellten sicher, daß das Essen unter den Bedürftigen fair verteilt wurde.

Sowohl die Cordones als auch die JAPs waren Kampfstrukturen, die von den Massen selbst außerhalb der offiziellen Gewerkschaftsstrukturen organisiert waren. Diese entwickelten sich zum größten Teil deshalb, weil die CUT (der wichtigste Gewerkschaftsbund) den Kampf nicht vorwärts trieb. Die CUT, die etwa 800.000 ArbeiterInnen aus einer totalen ArbeiterInnenschaft von ungefähr drei Millionen organisierte, wurde vom PCCh kontrolliert, aber sowohl der PDC als auch der PSCh hatten einen starken Einfluß. Anfangs war der PCCh gegen ihre Gründung, weil er sie als Rivalen zur CUT und sogar zur Partei selbst sah. Die Mitglieder des PSCh und des MIR riefen von Anfang an zur aktiven Teilnahme in den Cordones auf und sowohl die christliche Linke als auch MAPU-Mitglieder beteiligten sich intensiv an ihnen. Aber keine der Parteien hatte die Strategie, sie als Basis für eine Alternative zu der zunehmend zaghaften Politik der Regierung zu stärken. Die MIR-Führung nahm eine skeptische Einstellung bezüglich des Potentials dieser embryonalen „Sowjets“ ein.

Los cordones industriales und die Doppelherrschaft

Die Cordones und die JAPs stellten wichtige Elemente einer Doppelherrschaft im revolutionären Prozeß dar - eine Situation, in der die ArbeiterInnenklasse der herrschenden Klasse gegenübertritt und sich darauf zu bewegt, die Gesellschaft zu übernehmen, aber wo die herrschende Klasse und ihr Staatsapparat noch nicht gebrochen sind. So eine Situation kann nicht unbegrenzt weitergehen: Die eine oder andere Klasse muß als Siegerin daraus hervorgehen.

Aber wie könnte dies im Interesse der ArbeiterInnenklasse gelöst werden? Die Cordones entstanden spontan, als die Kräfte der Reaktion in die Offensive gingen, tendierten aber zu einer gewissen Passivität, als die unmittelbare Bedrohung vorbei war. Sie hätten auf einer festeren Basis stehen, regional und national vernetzt werden und sich eindeutig als Alternative zum bürgerlichen Parlament prä-

sentieren müssen. Darüber hinaus wäre es notwendig gewesen, daß sie ein Programm angeboten hätten, das die Basis für eine demokratische Planung der Produktion durch die ArbeiterInnenklasse und andere ausgebeutete Schichten gebildet hätte. Sie hätten beginnen müssen, sich in den Streitkräften zu organisieren, indem Basiskomitees von Soldat(Innen), Seeleuten und dem Luftpersonal gebildet worden wären, mit dem Ziel den kapitalistischen Staatsapparat entlang von Klassenlinien zu spalten. In Concepción, der wichtigsten Industriestadt im südlichen Chile, wurde eine stadtweite „Volksversammlung“ ausgerufen. Sie rief zur Gründung von „comandos comunales“ auf, welche die Cordones Industriales mit den JAPs und anderen Organisationen des Poder Popular, die gebildet worden waren, zusammenfaßten. Diese Initiative wurde von der PCCh-Führung, Allende und dem Zentralkomitee des PSCh scharf kritisiert, und diese Kritik verhinderte, daß der Aufruf von Concepción überall angenommen wurde, obwohl in Chile über Hundert Volksversammlungen, davon zwanzig in Santiago, gebildet wurden. Wie hat die Regierung auf diese Massenbewegung und ihre Konsequenzen reagiert? Im Januar 1973 verabschiedeten der PCCh-Wirtschaftsminister, Orlando Millas, und der Innenminister, General Prats (einer von drei Generalen, die in die Regierung genommen worden waren), ein Gesetz, durch welches 123 Fabriken, die von den ArbeiterInnen übernommen worden waren, an ihre ehemaligen Besitzer zurückgegeben wurden! Die Cordones riefen umgehendst zu einer Demonstration mit 30.000 TeilnehmerInnen auf, die „Alle Macht den ArbeiterInnen!“ forderten. Die gewaltige spontane Initiative und Energie der ArbeiterInnen hatte die Revolution vorwärts getrieben, stieß aber an ihre Grenzen. Eine revolutionäre Partei mit einem klaren Programm und einer korrekten Taktik waren nötig gewesen, um diese Energie für die Vollendung der Revolution zu nutzen und, um den Kapitalismus und seinen Staatsapparat zu stürzen. Aber in Chile existierte eine solche Partei nicht. Wenn sie existiert hätte, hätte die Revolution siegreich sein können und die Perspektive einer sozialistischen Revolution in ganz Lateinamerika aber auch darüber hinaus eröffnet. Sogar die Wahl der UP-Regierung mit ihrem „marxistischen“ Präsidenten und dem revolutionären Prozeß, der sich in der ArbeiterInnenklasse entwickelte, hatte eine elektrifizierende Wirkung auf die Massen in Lateinamerika und Europa. Das fiel zusammen mit dem zunehmenden Widerstand gegen die Franco-Diktatur in Spanien.

Das Ausbreiten der Revolution in andere lateinamerikanischen Länder, verbunden mit einem direkten Aufruf an die

ArbeiterInnenklasse in den USA, hätte die Möglichkeit des US-Imperialismus, einzuschreiten, erheblich erschwert. Aber das hätte ein bewußtes internationales Programm als Teil der Revolution benötigt. Die Existenz einer revolutionären ArbeiterInneninternationale wäre ebenfalls eine massive Stärkung gewesen. Der PSCh hatte das erklärte Ziel einer Sozialistischen Föderation in Lateinamerika. Aber die Führung benützte das berühmte Beispiel der stalinistischen, bürokratischen Methoden der ehemaligen Kommunistischen Internationale in den späten 1920er und 1930er Jahren als Rechtfertigung dafür, keine neue Weltpartei der Revolution aufzubauen, die aber ein entscheidendes Instrument für das Erreichen jenes Zieles gewesen wäre. Der Putsch 1973 ging den revolutionären Aufständen, die sich in den nächsten zwei Jahren in Griechenland und Portugal entwickelten, voraus. Ein Sieg in Chile hätte die Aussicht für eine Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der ArbeiterInnenklasse verbessert.

Eine der unmittelbaren Folgen des Fehlens einer revolutionären Partei mit klarem Programm und Strategie war, daß die Cordones anfangen, zu schwanken. Sie hatten kein klares Bild von der Rolle, die sie spielen mußten. Als ein Ergebnis tendierten sie dazu, sich mit den lokalen Organisationen des CUT zusammenzuschließen. Der PCCh änderte seine Politik und nahm an den Cordones teil - mit dem Ziel, ihre revolutionäre Rolle zu begrenzen und sie in den CUT-Apparat zu integrieren.

Allendes Wahl hatte zu einer explosionsartigen Entwicklung der Mitgliedschaft aller linken Parteien geführt. Zehntausende traten PSCh, PCCh und MIR bei. Einige der am weitesten links stehenden waren im PSCh und unter den Mitgliedern des MIR. Der PSCh hatte sich bei seiner Gründung 1933 selbst als marxistische Partei bezeichnet und war zum Teil im Kampf gegen die stalinistische Politik und die bürokratischen Methoden des PCCh und der „Kommunistischen“ Internationale entstanden. Der Parteikongreß 1967 führte zu einer scharfen Linkswende und erklärte: „Die Sozialistische Partei, als eine marxistisch-leninistische Organisation, erklärt, daß die Machtübernahme unser strategisches Ziel ist, das von dieser Generation erreicht werden sollte - einen revolutionären Staat zu gründen, der Chile aus der Abhängigkeit und von wirtschaftlicher und kultureller Rückständigkeit befreien wird und den Aufbau des Sozialismus beginnt. (...) Revolutionäre Gewalt ist unvermeidlich und legitim. Sie resultiert notwendigerweise aus dem repressiven und bewaffneten Charakter des Klassenstaates. Es ist der einzige Weg zum

Erlangen von politischer und wirtschaftlicher Macht. (...) Nur durch die Zerstörung des bürokratischen und militärischen Apparates des bürgerlichen Staates kann die sozialistische Revolution gefestigt werden." Diese kühne Erklärung spiegelte die revolutionären, weitreichenden Ziele der Parteibasis und ihrer AnhängerInnen, die ein revolutionäres marxistisches Programm annehmen wollten wider. Aber Worte reichen nicht. Ein klares Programm und revolutionäre Taten sind ebenfalls notwendig, um die hohen Ziele in die Tat umzusetzen. Die FührerInnen des linken Flügels des PSCh drückten die revolutionäre Stimmung der Basis verbal aus, setzten ihre revolutionär klingenden Worte aber nicht in Handlung und Programm um. Sie hatten all die Merkmale des Zentrismus (nach Karl Kautskys „Marxistischem Zentrum“, Anm. d. Red.); sie benutzten revolutionäre und marxistische Terminologie, schlugen aber nur ein vages Programm vor. Ihre Taten unterschieden sich in den entscheidenden Momenten nur wenig von jenen der Reformisten. Die wesentlichen Schwächen der PSCh-Linken wurden bereits offensichtlich, bevor Allende 1970 gewählt wurde. Allende stand im PSCh rechts von der Mitte. Als Präsidentschaftskandidat der Partei wurde er vom Zentralkomitee mit 12 Stimmen bei 13 Enthaltungen gewählt! Die Verurteilung des Aufrufes der Volksversammlung in Concepción, „commandos zonales“ zu bilden, durch das Zentralkomitee des PSCh war ebenfalls ein klares Anzeichen dafür, daß die zentristische Führung der Partei, wie Altimirano, trotz ihrer guten Absichten de facto als Polizisten für Allende und die PCCh agierten, die versuchten, den revolutionären Prozeß zu bremsen.

Allende bewaffnet die ArbeiterInnen nicht

Gerüchte über einen Putsch gab es während der gesamten Periode der UP. Aber, obwohl einige ArbeiterInnen und Jugendliche Waffen erhielten, gab es keine ernste Planung und Vorbereitung für den Aufbau von bewaffneten ArbeiterInnenmilizen und dies trotz der Tatsache, daß der PSCh einen bewaffneten Flügel hatte. Eine Miliz hätte durch die Cordones organisiert werden sollen. Viele von jenen, die Waffen erhielten, verloren sie wieder, als die Regierung Durchsuchungen und Überfälle auf Fabriken und Wohnungen erlaubte, die von Armee und Polizei vor dem Putsch durchgeführt worden waren. Einer der größten Vorräte an Waffen befand sich in Allendes Haus, wurde aber nicht unter den ArbeiterInnen verteilt.

Die FührerInnen organisierten keine Zellen und Komitees revolutionärer Soldat(Inn)en, Seeleute und des Luftpersonals, obwohl

viele an der Basis der Streitkräfte die revolutionäre Bewegung offen unterstützten. PSCh und MIR begannen in den Monaten vor dem Putsch eine Kampagne, die an die Basis der Streitkräfte gerichtet war, aber sie waren zu schwach und es war zu spät.

Die MIR hatte zu dieser Zeit einige der revolutionärsten Jugendlichen in Chile in ihrem Umfeld und unter ihren Mitgliedern. Aber, durch einige von Che Guevaras Ideen beeinflusst, stellten sie sich selbst auf die Basis der Idee der Stadtguerilla - ihre Basis lag, abgesehen von den revolutionären StudentInnen, mehr unter den städtischen Armen als unter der ArbeiterInnenklasse. Ihre skeptische Einstellung zu den Cordones spiegelte ihren Mangel an Vertrauen in und am Verständnis über die Rolle der ArbeiterInnen und der Massenbewegung im revolutionären Prozeß wider. Dies wurde auch in der Entscheidung der Partei deutlich, nach einem zweiten, mißglückten Putschversuch am 29. Juni 1973 in den Untergrund zu gehen.

Während es unter diesen Zuständen für eine revolutionäre Partei natürlich nötig ist, die notwendigen Schritte zu setzen, um seine Mitglieder und FührerInnen zu schützen, wurde die Entscheidung, zu diesem Zeitpunkt in den Untergrund zu gehen, als Teil der Vorbereitungen des MIR gefällt, nach einem Putsch den Kampf als Stadtguerilla aufzunehmen. Allende, auch unter dem Druck des PCCh, setzte sein Vertrauen in die verfassungsmäßige Loyalität von Armee, Marine und Luftkräften. 1972/73 nahm er sogar drei von ihnen ins Kabinett auf, einschließlich des „konstitutionellen“ Generals, Augusto Pinochet. Durch solche Schritte dachte er fälschlicherweise, daß es möglich wäre, den kapitalistischen Staatsapparat zu beschwichtigen. Als die Vorbereitungen für einen Putsch offen diskutiert wurden, stellte der PCCh einen Antrag mit der Forderung „Nein zu einem Bürgerkrieg!“. Die kapitalistische Klasse untersuchte verschiedene Möglichkeiten, um die Regierung zu stürzen. Einige setzten auf den sogenannten „golpe blanco“ (weißer Schlag). Im März 1973 waren Kongreßwahlen fällig und sie hofften, die notwendige Mehrheit zu gewinnen, um Allende entweder zu inhaftieren oder eine Volksabstimmung abzuhalten, um ihn zu entfernen. Die Wahlen fanden vor dem Hintergrund von wachsendem wirtschaftlichem Chaos statt und mit dem gesamten Staat, den Medien und dem Gerichtswesen, die sich offen für die rechten Parteien einsetzten. Die Rechten brauchten 67% der Stimmen und zwei Drittel der Sitze. Trotz all ihrer Anstrengungen erhielten sie nur 54% und die UP 43,4 % - mehr als Allende bei der

Präsidentschaftskampagne erreicht hatte.

Die Bourgeoisie schloß sich nun mehrheitlich der Meinung an, daß sie keine andere Wahl hätte, als sich auf einen vollen Militärputsch vorzubereiten. Daß dieser unmittelbar bevorstand, wurde in der Sekunde beim zweiten, mißglückten Putschversuch im Juni 1973 deutlich. Dieser wurde von Teilen der Armee abgebrochen, weil eingeschätzt wurde, daß es noch zu früh sei. Hunderttausende gingen in Unterstützung für die UP auf die Straße. Dem Aufruf der CUT folgend wurden im ganzen Land Fabriken und Büros wieder von den ArbeiterInnen besetzt. Nun waren die Slogans der Ruf nach Waffen, um die Regierung zu verteidigen. „¡Allende!, ¡Allende!, ¡el pueblo te defiende!“, hallte es in den Straßen um La Moneda wider. Nur, jetzt fügten sie hinzu, „¡El pueblo armado jamás será aplastado!“ (Das bewaffnete Volk wird nie besiegt werden). Das Militär wartete noch einige Monate, bevor es seinen letzten und entscheidenden Schritt setzte. Die Generale wollten sicherstellen, daß nicht die Gefahr einer Spaltung der Streitkräfte bestünde. Sie nutzten deshalb die Periode nach Juni dazu, um eine systematische Säuberungsaktion von den bekannten Anhängern der Revolution durchzuführen. In Valpariso bereiteten die Verschwörer den Putsch vor, indem die Marine als eine Basis benutzt wurde. Der Plan wurde von einfachen Seeleuten aufgedeckt, die sogar einen genauen Plan vorbereiteten, um gegebenenfalls die Flotte zu Wasser zu bringen, um diese Pläne zu durchkreuzen. Allende sanktionierte die Vergeltungsmaßnahmen gegen sie, um die Führung des Militärs nicht zu provozieren! Mehr als 100 wurden für umstürzlerische Aktivität inhaftiert und gefoltert. Am 11. September 1973 schlug das Militär mit brutaler Gründlichkeit zu. Allende konnte noch eine letzte Übertragung machen, bevor er heldInnenhaft im PräsidentInnenpalast starb. Viele ArbeiterInnen wurden niedergemetzelt, als sie, dem Aufruf der PSCh-FührerInnen folgend, Fabriken vor den militärischen Angriffen heldInnenhaft verteidigten.

In Santiago dauerten die Kämpfe über eine Woche, als Tausende ins Nationalstadion und dann in andere Konzentrationslager gebracht wurden. Unter ihnen war der populäre Volkssänger, Sieger Jara, der seinen Widerstand fortsetzte, indem er im Stadion sang. Er wurde zum Schweigen gebracht, nachdem seine Fingern und dann sein Rücken noch vor der Hinrichtung gebrochen wurden.

Die eiserne Ferse der Junta ging dann dazu über, zu versuchen, das Rückrad der chilenischen Massen zu brechen, die sich bis heute

nicht von dieser Niederlage erholt haben. Die Niederlage der chilenischen ArbeiterInnen provozierte 1973 Massenproteste und Streiks von ArbeiterInnen auf der ganzen Welt. Hafenarbeiter(Innen) lehnten es überall in Europa und in Australien ab, chilenische Güter zu entladen, während britische Seeleute chilenische Häfen boykottierten. Die Folgen der Niederlage existieren noch heute; Augusto Pinochet ist selbsternannter Senator auf Lebenszeit. Aber die Niederlage wird nicht vergeblich gewesen sein, wenn RevolutionärInnen aus den Fehlern der ArbeiterInnenführerInnen zwischen 1970 und 1973 lernen. Die gleichen Aufgaben werden sich den chilenischen ArbeiterInnen und den ArbeiterInnen international wieder stellen. Die Lehren müssen gelernt werden.

Pinochet:

Ein Verbrecher, der sich für unschuldig erklärt!

Pinochets Verteidigung ist es gewesen, zu versuchen, die Welt glauben zu machen, daß dieser Diktator verantwortlich sei für den Aufbau einer großen Demokratie und eines soliden wirtschaftlichen Fortschritts. Aber was ist die Wahrheit? Celseo Campos von Democracia Obrera, der chilenischen Sektion des CWI, erklärt, wie die Situation tatsächlich ist.

Die chilenische Demokratie sollte als eine der gefestigtesten in der Welt angesehen werden. Die Verfassung, die für uns geschrieben wurde, wurde durch das Militär mit allen dazugehörigen Konsequenzen eingeführt. Als erstes muß angemerkt werden, daß es bei den Wahlen ein „binominales System“ gibt. Dies bedeutet, daß jeder, die/der dafür auftreten möchte, das System zu reformieren, nicht ins Parlament gewählt werden kann. Zusätzlich dazu gibt es „nominierte“ Senator(Inn)en, die das Recht einer Mehrheitskontrolle des Parlamentes sichern. Einige dieser Senator(Inn)en werden auf Lebenszeit ernannt, wie General Pinochet - die gleiche Person, die verantwortlich für den Mord an Allende ist, ist heute ein Senator der Republik; ein grausamer Witz.

Das „Ehrenzeichen“ der „demokratischen Verfassung“ ist die Existenz des Nationalen Sicherheitsrates (COSENA), der wie ein vierter Arm des Staates ist. Er setzt sich selbst über die anderen Teile des Staatsapparates und wird von den Oberbefehlshaber(Inne)n der Streitkräfte (FFAA) und dem Generaldirektor der Polizei kontrolliert.

Wegen der „Pinochet-Krise“, wie sie hier in Chile genannt wird, hat es drei Treffen von COSENA gegeben. Das letzte Treffen fand am 11. Dezember statt, die Kommandant(Inn)en der Streitkräfte entschieden darüber, welche Politik die Regierungskoalition, die Concertación, einschlagen sollte, falls Pinochet ins Land zurückkommen sollte. Einige haben die Maßnahmen, die COSENA bei diesem letzten Treffen einsetzte, als „weißen Putsch“ bezeichnet. Die chilenischen Streitkräfte sind enthusiastische Verteidigerinnen der neuen Verfassung. 5% unter ihnen sind noch immer die gleichen Leuten, die unter dem Militärregime folterten und mordeten. Ein Beispiel dafür ist, daß sogar die Vereinten Nationen den fünften Senior-General der

Armee, General Espinoza Davies, für eine „Friedensmission“ ablehnten, weil er in seinem eigenen Land an der „Übertretung der Menschenrechte“ beteiligt gewesen war.

Wirtschaftlicher Fortschritt für eine Minderheit

Der wirtschaftliche Fortschritt des Landes wird durch die Tatsache gezeigt, daß die chilenische Wirtschaft seit 1985 um 7,8% pro Jahr gewachsen ist. Die Frage ist nur: Wer hat von diesem Wachstum profitiert? Klar ist, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind.

Chile ist heute laut Weltbank unter jenen zehn Ländern mit der schiefsten Verteilung von Reichtum und unter jenen sechs Ländern mit den schlechtesten Preise. Das totale Einkommen des Landes kann in zwei Teile geteilt werden. 50% vom Einkommen gehen an 90% der Bevölkerung und 50% an die restlichen 10% der Bevölkerung. Die Reallöhne sind heute trotz der Tatsache, daß in der gleichen Periode die Produktion um 60% gewachsen ist niedriger als 1972. Der monatliche Mindestlohn liegt bei 180 US-Dollar - das ist der Lohn, den 20% der chilenischen ArbeiterInnen verdienen. 60% verdienen weniger als 360 US-Dollar pro Monat. Das sind die Löhne, die im „Tiger“ Lateinamerikas bezahlt werden.

Das Lohnniveau ergänzt das undemokratische System, das benutzt wird, um das Land zu verwalten. In jüngster Zeit sind viele zu der Überzeugung gekommen, daß die Justiz eine der wichtigsten Anhängerinnen des Putsches von 1973 war. Viele haben sich auch erinnert, daß unter der Diktatur die „Justiz“ nichts getan hat, um die ständige Verletzung der Menschenrechte zu verhindern.

Eine der kosmetischen Veränderungen ist heute, daß die Justiz heute das gleiche tut wie zuvor. Das ist der Grund, warum es kein Vertrauen darin geben kann, daß sie Gerechtigkeit bringen werde. Es ist ein System, das darin besteht, die Gesetze, die noch von der Diktatur erhalten sind, zu verwalten und die Richter fühlen sich dabei wohl.

Fast alle Verfolgungen der Menschenrechtsverletzungen fanden mit dem Amnestie-Gesetz, welches das Militär eingeführt hat, um sich selbst zu schützen und damit alle Fälle an Militärgerichte weitergeleitet werden, ihr Ende. Verbrechen, die von Uniformträgern begangen wurden, können in Chile nicht bei zivilen Gerichten behan-

delt werden. Was immer Pinochet auch darüber sagt: In Chile vor ein Gericht gestellt zu werden, ist eine Lüge. Die Wahrheit ist, daß es in Chile keine Möglichkeit gibt, ihn strafrechtlich zu verfolgen. Es ist noch utopischer zu glauben, daß er für die Verbrechen, die er in diesem Land begangen hat, verurteilt werden würde.

Die Regierung verteidigt Pinochets Haut

Wir dürfen nicht vergessen, daß die wichtigste Regierungspartei die Christdemokraten (DC) sind, jene Kraft, die zusammen mit den Rechtsextremen die Hauptanstifterin für den Putsch gegen die Einheitsfrontregierung war.

Eduardo Frei Montalva, Vater des jetzigen Präsidenten, war einer der zentralen Vertreter der DC, die das militärische Eingreifen forderte. Der jetzige Präsident, Frei Ruiz Tagle, unterstützte das militärische Regime finanziell und häufte auf Basis der drakonischen Gesetze, welche die Diktatur den ArbeiterInnen nach dem Massaker an Hunderten von GewerkschaftsführerInnen mit Blut und Feuer aufzuzwingen hatte, ein enormes Vermögen an.

Die Regierung verteidigt den Standpunkt der extremen Rechten und ihrem bewaffneten Flügel innerhalb der Streitkräfte und der Polizei, obwohl sie bei den Wahlen die Stimmen der ArbeiterInnen bekommen hatte, die dachten, sie würde gegen die Diktatur und all ihre Reste kämpfen.

Nach beinahe fünf Jahren im Amt hat die Regierung noch kein einziges Mal VertreterInnen der Familien der „desaparecidos“ - der Verschwundenen - getroffen. Dies zeigt, welchen Respekt der Präsident für die Menschenrechte von einem wichtigen Teil der Bevölkerung hat.

Die Pinochet- Rechte wird antiimperialistisch

Heute ist eine der Hauptforderungen der extremen Rechten die Verteidigung von „Souveränität und Würde für das Land“. Sie ruft sogar: „Wir sind jedermanns Kolonie“. Man kann wirklich denken, daß die Welt auf dem Kopf steht, wenn der Lakai des Imperialismus so spricht. Was machten dieselben Leute in der Vergangenheit? Pinochet arbeitete Hand in Hand mit dem US-Imperialismus, um seine Wünsche auszuführen und die Regierung von Allende, der ihre Interessen in Chile bedrohte, zu stürzen.

Heute, bei der Öffnung der geheimen Archive der US-Geheimdienste werden viele Dinge aufgedeckt. Der ehemalige US-Botschafter während der Einheitsfrontregierung in Chile, Edward Korry, hat bestätigt, daß es Nixon war, der dem CIA die Anweisung gab, den Putsch in Chile auszuführen. Ex-CIA-Agent Ralphe MacGehee hat erklärt, daß „Pinochet eine Kreation des CIA war“.

Die wichtigsten Unternehmen, wie die Telefongesellschaften, Produzenten und Lieferanten von Elektrizität, Bergabbau, Fischerei und Forstwirtschaft waren alle mit den Interessen der multinationalen Konzerne in den imperialistischen Ländern verbunden. Dieselben „Patrioten“, die heute neue Kleidung tragen, meinen nun: „Wir sind niemandes Kolonie.“

ArbeiterInnen feiern Pinochets Verhaftung

Die Zeit, bis das Oberhaus in Britannien seine Entscheidung bezüglich Pinochets diplomatischer Immunität verkündete, warteten die ArbeiterInnen überall in Chile mit großen Hoffnungen. Sie versammelten sich bei Fabrikstoren und hörten mit Radiowakmen zu. Die Stille war bleiern, bis die Abstimmung von 3 zu 2 gegen Pinochet verkündet wurde. Im ganzen Land war an den Arbeitsplätzen Freudengeschrei zu hören. Die ArbeiterInnen verließen die Fabriken, um das Ergebnis zu feiern und schüttelten die Hände der erstbesten Person, die sie trafen.

Alle Meinungsumfragen spiegeln diese Tatsache wider. 63% der Bevölkerung meint, daß Pinochet jener Verbrechen schuldig ist, deren er beschuldigt wird. 60% meint, daß er verfolgt und für seine Verbrechen inhaftiert werden sollte. 70% meint, daß es sie nicht direkt betreffen wird und das Land nicht „destabilisieren“ wird, wie das von der Pro-Pinochet-Lobby behauptet wird. So ist die Stimmung nachdem die Schlagzeilen, die Pinochet unterstützen, die Presse einen Monat lang dominiert haben. Die Terrorkampagne, die vom rechten Flügel begonnen wurde, hat einige Schichten beeinflusst. Die Rechten haben eine Kampagne begonnen, um britische und spanische Güter zu boykottieren. Aber dem wurde nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt und der Erfolg von Boykotten ist gering.

Die Pinochetisten sind auf die reichen Stadtteile von Santiago, Las Condes und Providencia, beschränkt. In Chile sind diese Stadtteile als „die Hochgebiete“ bekannt, wo die Reichsten wohnen.

Die meisten Botschaften befinden sich in diesen Gebieten - schon in der Vergangenheit meinten sie wohl, daß sie hier sicherer wären mit besserem Polizeischutz. Unglücklicherweise heißt das nun für die britische und spanische Botschaft, daß sie jetzt von Pro-Pinochet-Polizei umgeben ist, die den ehemaligen Diktator verteidigen will.

Außerhalb dieser Gebiete können die reichen pro-Pinochetler keine Demonstrationen organisieren, und jedesmal, wenn sie versucht haben, eine zu organisieren, benötigten sie Polizeischutz.

Nur die ArbeiterInnen können Gerechtigkeit bringen.

Es kann kein Vertrauen in die Regierung geben und noch viel weniger in das Justizsystem und seine Richter. Es sind nur die ArbeiterInnen, die ein wirkliches Interesse daran haben, all die Verbrechen, die unter der barbarischen Diktatur verübt wurden, vor Gericht zu bringen.

Pinochet ist nicht der einzige Verantwortliche. Die ArbeiterInnen haben nicht aufgehört, Gerechtigkeit zu fordern, nur weil die Zeit knapp ist. Wir bauen nun unsere Kräfte auf, um eine historische Rechnung zu begleichen, die wir mit der Kapitalistenklasse haben.

Nur, wenn wir unsere eigenen Volksgerichte mit echten VertreterInnen der Gewerkschaften, von Menschenrechtsgruppen, Slum-BewohnerInnen, StudentInnen und Frauen, aufbauen, nur dann kann es wirklich Gerechtigkeit geben.

Wir dürfen nicht vergessen, daß, wenn wir dieses kapitalistische System nicht besiegen und eine gerechte menschliche, also sozialistische Gesellschaft aufbauen, werden andere Putsche in der Zukunft kommen, noch barbarischer als jener des Pinochet-Regimes. Der Kampf geht weiter - Sozialismus oder Barbarei.

Interview mit Vilma Alvarez Parada

Gewerkschafts- „Koordination“

Darüber, wie die praktische Gewerkschaftsarbeit aussieht und wie die chilenische Linke versucht, innerhalb der Gewerkschaft Widerstand zu organisieren, sprachen wir mit Kollegin Vilma ALVAREZ PARADA. Sie ist Funktionärin einer TextilarbeiterInnengewerkschaft und Mitglied der revolutionär-sozialistischen Gruppe DEMOCRACIA OBRERA (chilenische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale KAI/CWI/CIO). Das Interview führte Michael Gehmacher, SOV-Gewerkschaftssprecher.

Vorwärts: Vilma, kannst Du uns zum Einstieg kurz etwas über Dich und Deine Tätigkeit sagen?

VILMA: Ich habe als Schneiderin in der Textilfabrik JOHNSON angefangen, habe die Gewerkschaftsgruppe mit begründet und war dann 6 Jahre Vorsitzende. In Chile sind ArbeiterInnen und Angestellte getrennt organisiert. Bei JOHNSON gibt es 700 Arbeiterinnen und 2.300 Angestellte (Verwaltung und VerkäuferInnen).

Vorwärts: Wie schaut Deine Gewerkschaftsarbeit konkret aus?

VILMA: Ich unterstütze die Gewerkschaftsgruppe im Betrieb, es sind fast alle Arbeiterinnen Mitglied. Ich und vier andere Kolleginnen sind freigestellt. Wir haben noch dieses kleine Büro, das von der Firma zur Verfügung gestellt wird. Beim Hergehen habt ihr ja gesehen, daß die Fabrik gleich nebenan liegt. Die Kolleginnen können also leicht in der Mittagspause oder nach der Arbeit vorbei kommen. Die Gewerkschaftsgruppe im Betrieb macht vor allem die Interessensvertretungsarbeit gegenüber der Unternehmensleitung, ähnlich wie bei Euch die BetriebsrätInnen, nur daß in Chile viele Schutzbestimmungen nicht gesetzlich verankert sind. Vom Gesetz her ist die Gründung einer Gewerkschaft im Betrieb eigentlich nur erlaubt, wenn die Mehrheit einer Belegschaftsversammlung sich zur Gründung einer Gewerkschaft entschließt. Aber die Freistellungen, das Einhalten verschiedener Schutzbestimmungen, die korrekte

Bezahlung..., das sind alles Dinge, die man sich erkämpfen muß, wo man den Rückhalt von möglichst vielen Mitgliedern braucht, wo man mit Streik drohen muß usw. Am Anfang, also in der Gründungsphase und danach, gehen die Unternehmer sehr hart vor.

Vorwärts: Wie hart?

VILMA: Am 21. April haben wir in einer großen Kleiderfabrik von Santiago versucht, eine Gewerkschaft zu gründen. Wir haben Flugblätter verteilt, auf denen wir die Kolleginnen und Kollegen zu einer Veranstaltung zum Thema »Probleme der ArbeiterInnen in der Textilindustrie« einluden, denn vom Gesetz her dürfen wir nicht von außerhalb des Betriebes zur Gründung einer Gewerkschaft aufrufen, aber die KollegInnen wissen, was gemeint ist, wenn sie den Zettel lesen. Ein paar Kolleginnen, mit denen wir schon Kontakt haben, hätten dann vorgeschlagen, eine Gewerkschaft zu gründen, dann wäre über diesen Vorschlag abgestimmt worden. Als wir allerdings bei der Firma ankamen, merkten wir, daß die Firmenleitung die Polizei gerufen hatte, die sich dann am Firmengelände aufstellte. In einem Land, das erst seit kurzem eine blutige Diktatur hinter sich hat, schüchtert die Polizeipräsenz ziemlich ein.

Vorwärts: Wie schaut die Arbeitssituation für Frauen aus?

VILMA: Im Textilbereich arbeiten überwiegend Frauen, die Meister und Vorarbeiter sind meistens Männer, die ganz eindeutig bevorzugt werden. In Chile kommt es vor, daß Frauen von einem männlichen Vorgesetzten geschlagen werden. Dazu kommen noch Fußtritte und wüste Beschimpfungen. Körperliche Attacken haben wir bei Johnson abstellen können, aber es gehört nach wie vor zu unserer tagtäglichen Arbeit, die männlichen Vorgesetzten in ihre Schranken zu weisen.

Außerdem hat die TextilarbeiterInnengewerkschaft 30.000 Mitglieder; sie soll zu einer Bastion gegen den angepaßten Kurs der Gewerkschaftsführung werden.

Vorwärts: Wie ist der Gewerkschaftsverband aufgebaut?

VILMA: 13 Prozent der chilenischen ArbeiterInnenklasse sind in Betriebsgewerkschaften organisiert. Diese Betriebsgewerkschaften schließen sich zu Fachgewerkschaften zusammen, und die meisten dieser Fachgewerkschaften sind dem chilenischen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Auf einem Kongreß werden ein

Bundesvorstand und ein Exekutivkomitee gewählt. Das Exekutivkomitee besteht derzeit aus 6 Mitgliedern des PS (Sozialistische Partei), 4 Christdemokraten und 5 KP-Mitgliedern. Die Regierung hat also eine Mehrheit. Allerdings sind die einzelnen Gewerkschaften politisch autonomer, und da gibt es traditionell kämpferische Gewerkschaften, wie z.B. die Kohlebergarbeiter(Innen) oder die LehrerInnen, die beide der KP sehr nahe stehen. Leider gibt es viele KP-Gewerkschaftsfunktionäre, die den Regierungskurs unterstützen.

Unsere Gewerkschaft unterstützt die sogenannte Koordination, das ist eine Basisstruktur der CUT (chilenischer Gewerkschaftsbund), die gegen den Regierungsvorschlag zum neuen Arbeitslosengesetz kämpft.

Vorwärts: Wie sieht der Regierungsvorschlag aus und warum bekämpfst Du ihn?

VILMA: Derzeit muß der Unternehmer jedem/r gekündigten ArbeiterIn eine Abfertigung zahlen und zwar einen Monatslohn pro Arbeitsjahr. Diese Abfertigung würde in Zukunft auf maximal 5 Monatslöhne beschränkt werden. Wir haben uns das durchgerechnet und haben festgestellt, daß das für die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten eine massive Verschlechterung der Einkommenssituation bedeutet. Die meisten bekommen ja viel weniger Abfertigung. Gleichzeitig soll nach dem Regierungsvorschlag das Arbeitsamt privatisiert werden. Der Regierungsvorschlag enthält eine Reihe von Vorschlägen, die darauf abzielen, daß die ArbeiterInnen noch mehr in das Sozialsystem einzahlen. Für die Regierung ist dieser Gesetzesentwurf eine Art Startschuß für eine institutionalisierte Sozialpartnerschaft. Daher ist die politische Bedeutung enorm. Es ist auch eine Grundsatzentscheidung, welchen Weg der Gewerkschaftsbund nach dem Ende der Militärdiktatur gehen will.

Die jetzige Vorsitzende vertrat den Vorschlag des CUT-Exekutivkomitees, den Regierungsvorschlag in modifizierter Form zu unterstützen. Bei einer zweiten Sitzung unserer Gewerkschaft schloß sich aber eine Mehrheit meiner Position an, dadurch spricht sich die Gewerkschaft der TextilarbeiterInnen heute gegen den Regierungsvorschlag aus.

Vorwärts: Wie kam es zur »Koordination«, und wie stark ist sie derzeit?

VILMA: Die CUT-Führung will - etwas vereinfacht gesagt - den Regierungsvorschlag in modifizierter Form annehmen. Auf einer CUT-Konferenz zu diesem Thema kam es zu einem Eklat, weil ich aufstand und mich dafür aussprach, sich nicht an der Regierung zu orientieren, sondern an den Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten. Der Ex-CUT-Präsident, ein Christdemokrat, meinte darauf, man habe derzeit nicht die Möglichkeit, etwas zu fordern, sondern nur jene, die Regierung um kleine Verbesserungen zu bitten. Bei dieser Aussage wurde es sehr unruhig im Saal, offensichtlich hatte der Ex-Präsident unterschätzt, was das Wort »bitten« bei klassenbewußten GewerkschafterInnen auslöst. Ich nutzte dieses Eigentor der CUT-Führung und brachte einen Antrag ein, den Regierungsentwurf abzulehnen. Dem schlossen sich die Kohlebergarbeiter(Innen) an, später auch die Gewerkschaft der Matros(Inn)en und Hafenarbeiter(Innen). Mit den Funktionären der Kohlebergarbeiter(Innen)gewerkschaft habe ich wegen der Zusammenarbeit im großen Streik letztes Jahr eine gute Gesprächsbasis. Ich überzeugte sie, eine Konferenz gegen den Regierungsvorschlag zu organisieren, daraufhin fand ein größeres Treffen in der Zentrale der Bergarbeiter(Innen)gewerkschaft statt. Dort wurde die »Koordination« gegründet. Wir vertreten derzeit etwa 140.000 Gewerkschaftsmitglieder.

Vorwärts: Wie geht's weiter?

VILMA: Als ersten Schritt organisierten wir eine Demonstration am 24. April und die Vorbereitung sollte dazu genützt werden, möglichst viele Gewerkschaftsmitglieder einzubinden. Im ganzen Land sollen Basiskomitees entstehen. Wir wollen diese Struktur beibehalten und eine klassenkämpferische Opposition im CUT aufbauen.

Wir wollen allerdings auch eine starke internationale Vernetzung. Eine neue rote Gewerkschaftsinternationale, die verschiedene linke Strömungen vereinigt, wäre ja dringend notwendig!

Vorwärts: Danke für das Gespräch!

Was will die SAV ?

Die Sozialistische Alternative organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden.

Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Es tut sich nichts, außer wir tun es!

VORAN lesen und aktiv werden!

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (ab 50 DM)
- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Abgeben am SAV-Stand, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon (02 21) 13 45 04, Fax (02 21) 13 72 80

Preis: 3,5 DM